

Medienmitteilung

23. November 2022

Sondierungsgespräche Schweiz-EU

Schweiz darf Fehler vergangener Verhandlungen nicht wiederholen

- Nach dem gescheiterten Rahmenvertrag ist eine **«Paketlösung»** in Diskussion. **Trotz dieses neuen Wordings bleiben** im Paket die zentralen umstrittenen Punkte des Rahmenabkommens integriert. **So beharrt die EU etwa für die Streitschlichtung auf dem Europäischen Gerichtshof.**
- Eine dynamische Übernahme von EU-Recht kann nur infrage kommen, wenn der Schweiz bei Volksentscheiden ein **fares Opting-out** offensteht und eine Streitschlichtung mit unabhängigem Schiedsgericht vorhanden ist. Auch darf das bewährte **Freihandelsabkommen** nicht in den «neuen Rahmen» gestellt werden. Demgegenüber fokussieren die Medien oft auf den Lohnschutz – wo gewisse Konzessionen der EU denkbar sind – und die Unionsbürgerrichtlinie.
- Mit Blick auf neue Verhandlungen mit der EU hat nicht ein schneller Abschluss Priorität, sondern dass das **Erfolgsmodell einer weltoffenen, innovativen und freien Schweiz** nicht gefährdet wird.
- **autonomiesuisse** hält die **Paralleldiplomatie** von Politikerinnen und Politikern in Brüssel sowie den unreflektierten **Druck einzelner Wirtschaftsverbände**, die sich «Quick Wins» erhoffen, für äusserst kontraproduktiv. Dies **schwächt die Position der Schweizer Verhandlungsdelegation** erheblich.
- Die EU muss zuerst die Vertrauensgrundlage für Verhandlungen schaffen, indem sie sämtliche «Drangsalierungsmassnahmen» (Ausschluss aus Horizon Europe, Erneuerung MRAs usw.) aufhebt, die sie **einseitig** ergriffen hat. Mit den Kohäsionsmilliarden hat die **Schweiz ihren Goodwill ausreichend bewiesen.**
- Es gilt zu **verhindern**, dass die Schweiz die **Fehler vergangener Verhandlungen** wiederholt.

Die Schweiz muss auch internem Druck standhalten

«Es kommt Bewegung ins EU-Dossier», lautet der Grundtenor in den Medien. Gewisse politische Kreise aktivieren ihre Paralleldiplomatie mit Brüssel, während einige Wirtschaftsverbände mit kontinuierlichem Druck auf eine «schnelle Lösung» drängen. Als Sprachrohr der unabhängigen Wirtschaft weist **autonomiesuisse** darauf hin, dass die Schweiz wesentlich besser durch die Krisen der letzten Jahre gekommen ist als die EU. Wenn beispielsweise **economiesuisse** von einer «Dringlichkeit» des Verhandeln spricht, argumentiert dieser Dachverband mehr mit der politischen Gesinnung seiner Exponenten als mit realwirtschaftlichen Fakten. Zudem verkennt er, dass Verhandlungen unter selbst gewähltem Zeitdruck die eigene Position schwächen.

Prognosen von autonomiesuisse sind eingetroffen

Die Drohkulissen der «EU-Turbos» nach dem Aus des Rahmenabkommens haben sich bisher als fiktive Schwarzmalerei erwiesen. Hingegen hat **autonomiesuisse** mit ihrem Positionspapier vom Dezember 2021 ins Schwarze getroffen. So ist beispielsweise die Notwendigkeit einer verstärkten eigenen Stromproduktion mittlerweile allgemein anerkannt. Unter der neuen Medtech-Regulierung der EU leiden kleine Unternehmen aus der EU stärker als die Schweizer Firmen, die sich frühzeitig darauf vorbereitet haben und nun einen Vorsprung aufweisen. Die besten Universitäten der EU bedauern den Ausschluss der Schweiz aus dem Forschungsprogramm Horizon Europe. Derweil bleiben die gemäss anerkannter Rankings besten Hochschulen Europas ausserhalb der EU: in Grossbritannien und der Schweiz.

Darauf kommt es bei neuen Verhandlungen an

Wie gut ein Vertrag ist, zeigt sich nicht in Schönwetterphasen, sondern in Belastungsproben. Für **autonomiesuisse** ist klar, dass die Schweiz ihren Schlüssel für gute Rahmenbedingungen – ihre politische Unabhängigkeit und ihre hohe Stabilität – nicht an der Tür zur EU abgeben darf. Bei weiteren Verhandlungen mit der EU ist darum sicherzustellen, dass der Schweizer Souverän, sprich das Stimmvolk, stets das letzte Wort behält. Dieser Punkt hat in der öffentlichen Diskussion bisher nicht das nötige Gewicht gefunden.

Eine dynamische – also automatische – Übernahme von EU-Recht kann nur bei einem fairen Opting-out für die Schweiz bei Volksentscheiden im Interesse unseres Landes liegen. Vorrang muss Schweizer Recht haben: «Vorläufige» Rechtsübernahmen, die von Schweizer Volksentscheiden und von der Bundesverfassung abweichen, kommen also nicht infrage.

Sollten beispielsweise Marktbedingungen von der Schweiz anders als vorgesehen definiert werden, kann die EU nur materielle Ausgleichsmassnahmen verlangen – wie es im WTO-Recht üblich ist. Die Massnahmen müssen sich überdies auf den Bereich des jeweiligen Vertrags beschränken. Bei Uneinigkeit entscheidet ein unabhängiges Schiedsgericht über mögliche Sanktionen. Ergänzend können das Schweizer Bundesgericht sowie der Europäische Gerichtshof (EuGH) je eine eigene Auslegung zuhanden des Schiedsgerichts vorlegen. Eine Unterstellung unter den – naturgemäss parteiischen – EuGH, wie es der EU vorschwebt, würde eine Farce darstellen.

Das seit 1972 bewährte Freihandelsabkommen darf keinesfalls in die «Paketlösung» miteingepackt werden. Denn die Schweiz muss im Aussenhandel frei bleiben für wichtige Verträge mit Drittstaaten. Hier ist nicht nur an die Gegenwart, sondern noch mehr an die Zukunft zu denken. Schon heute bilden die USA den grössten Exportmarkt. Und nebst der EU werden weitere Wirtschaftsräume aufgrund ihres dynamischeren Wachstums zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Auf jeden Fall können konkrete Verhandlungen mit der EU solange kein Thema sein, als diese ihre Politik der «Nadelstiche» mit den einseitigen Massnahmen wie etwa dem Ausschluss aus Horizon Europe fortsetzt – und dies trotz der beabsichtigten «Verstetigung» der Kohäsionsmilliarde seitens der Schweiz. Bevor allfällige Verhandlungen auf Vertrauensbasis beginnen können, braucht es auch von der EU klare partnerschaftliche Zeichen.

autonomiesuisse – eine Initiative der Schweizer Wirtschaft

autonomiesuisse ist eine breit abgestützte Initiative von Schweizer Unternehmern und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft aus der politischen Mitte. Sie setzt sich für eine partnerschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Staaten der EU, aber auch weltweit, ein. Die politische Unabhängigkeit sichert der Schweiz gute Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Das darauf basierende Erfolgsmodell Schweiz soll auch in Zukunft Bestand haben.

autonomiesuisse zählt über 750 Mitglieder. Wer einen Beitrag zu einer weltoffenen, erfolgreichen und freien Schweiz leisten will, kann sich auf autonomiesuisse.ch/mitmachen einbringen.

Kontakt

Als Leitungsausschuss des Co-Präsidiums von **autonomiesuisse** stehen wir Ihnen gerne für Auskünfte rund um das Rahmenabkommen Schweiz-EU aus wirtschaftlicher und unternehmerischer Perspektive zur Verfügung.

Dr. Hans-Jörg Bertschi

+41 79 330 50 72

hans-joerg.bertschi@bertschi.com

Prof. em. Dr. Giorgio Behr

+41 79 430 44 21

giorgio@behr.ch

Dr. Alexandra Janssen

+41 79 725 95 26

alexandra.janssen@ecofin.ch

Dr. Hans-Peter Zehnder

+41 79 330 58 08

hans-peter.zehnder@zehndergroup.com

Social Media

